

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Benz
Südanlage 5, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1023
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 07.05.2007

N i e d e r s c h r i f t

der 7. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie, Jugend und Sport

am Mittwoch, dem 25.04.2007,

Kerkrade-Zimmer, Kongresshalle, Berliner Platz 2, 35390 Gießen.

Sitzungsdauer: 19:00 - 20:50 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Prof. Dr. Klaus Kramer
Herr Dieter Kräske
Frau Julia-Christina Sator
Herr Lars Burkhard Steinz

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Inge Bietz
Herr Michael Puhl
Herr Peter Sommer
Herr Frank Walter Schmidt

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Klaus-Dieter Grothe
Frau Edith Nürnberger

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Dr. Klaus Dieter Greilich Ausschussvorsitzender

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Herr Michael Beltz

Vom Magistrat:

Herr Heinz-Peter Haumann Oberbürgermeister
Frau Gerda Weigel-Greilich Bürgermeisterin

7. Einrichtung einer Frauenkommission STV/0941/2007
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen
und FDP vom 16.04.2007 -
8. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Vorstellung der Arbeit der Aidshilfe - Gießen e.V. durch deren Geschäftsführer

Herr Klatt, Geschäftsführer der Aidshilfe Gießen e. V., stellt anhand einer Powerpoint Präsentation die Arbeit des Vereins vor.

Er führt aus, sieben hauptamtliche Mitarbeiter, vier Honorarkräfte und rund 40 ehrenamtliche Mitarbeiter haben im vergangenen Jahr 183 HIV-positive Menschen begleitet und beraten. 96 Personen davon im betreuten Wohnen. Neben der Stadt Gießen sei die Aidshilfe Gießen auch für den Landkreis Gießen, den Wetteraukreis und den Lahn-Dill-Kreis zuständig und erhalte von allen Zuschüsse zum Jahresetat. (Jahresetat insgesamt 355.000 Euro, davon 205. 000 Euro für betreutes Wohnen).

Die Angebote der Aidshilfe werden vor allem von Infizierten mit ohnehin schwierigen Lebensumständen, wie z. B. Drogenkonsumenten, in Anspruch genommen.

Herr Klatt informiert, dass die HIV-Infektionsrate in Deutschland insgesamt leicht zunehme. Er führt dies in erster Linie auf die „Kondommüdigkeit“ schwuler Männer zurück. Mit einer aktuellen Aktion hierzu wolle man dem entgegenwirken.

Anschließende Fragen der Stv. Puhl, Beltz, Grothe und Bietz werden von Herrn Klatt ausführlich beantwortet.

Vorsitzender dankt Herrn Klatt für seine informativen Ausführungen.

3. **Präventive und begleitende Angebote für die Obdachlosen- und Trinkerszene** STV/0928/2007
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 13.04.2007 -

Antrag:

Der Magistrat wird gebeten, eine Konzeption zu erarbeiten, wie präventive und begleitende Angebote für die Obdachlosen- und Trinkerszene umgesetzt werden können.

Stv. Grothe, Bündnis 90/Die Grünen, begründet für die antragstellenden Fraktionen den Antrag.

Stv. Bietz, SPD-Fraktion, vertritt die Auffassung, dass der Antrag zu wenig Substanz habe. Ihr fehle u. a. eine Zeitangabe, bis wann das Konzept erarbeitet und mit wessen Beteiligung es erarbeitet werden solle. Außerdem müsse es Aussagen über den Personalbedarf enthalten.

Stv. Beltz, Die Linke.Fraktion, erklärt, auch seiner Fraktion sei der Antrag nicht konkret genug. Sie werde in Kürze einen eigenen Antrag zu diesem Thema einbringen. Aus diesem Grund enthalte er sich heute der Stimme.

Oberbürgermeister Haumann merkt an, er stehe voll hinter einem solchem Konzept. Es gebe bereits Anlaufstellen, die gelte es weiter auszubauen. Dies bedeute einen zusätzlichen Aufwand an Personal, darüber müssten sich alle im Klaren und bereit sein, zusätzliche Mittel im Haushalt 2008 einzustellen.

Stv. Grothe greift die Anregungen von Stv. Bietz und Oberbürgermeister Haumann auf und **ändert den Antragstext wie folgt:**

*„Der Magistrat wird gebeten, **bis zu den Haushaltsplanberatungen 2008, zusammen mit den Trägern** eine Konzeption (**Inhalte, Personal, Kosten**) zu erarbeiten, wie präventive und begleitenden Angebote für die Obdachlosen- und Trinkerszene umgesetzt werden können.“*

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt
(Ja: CDU/GR/FDP/SPD; StE: Linke).

Stv. Grothe, Bündnis 90/Die Grünen, übernimmt für die Tagesordnungspunkte 4 und 5 den Vorsitz.

4. Einrichtung eines "Gießen - Wetzlar - Marathons" STV/0929/2007
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und
FDP vom 15.04.2007 -

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, mit dem Magistrat der Stadt Wetzlar Gespräche mit dem Ziel aufzunehmen, erstmals im Jahr 2008 und danach in jährlichem Turnus einen „Gießen – Wetzlar – Marathon“ auszurichten.

Stv. Dr. Greilich, FDP-Fraktion, begründet für die antragstellenden Fraktionen den Antrag. Mit der Etablierung eines Gießen-Wetzlar-Marathons könne man die Verbundenheit der beiden Städte auf sportliche Weise demonstrieren. Aus Wetzlar habe es bereits positive Signale für die Ausrichtung eines solchen Events gegeben.

Stv. Schmidt, SPD-Fraktion, macht deutlich, dass seine Fraktion grundsätzlich für eine solche Veranstaltung sei. Er äußert jedoch Zweifel daran, dass sie für das Jahr 2008 noch realisierbar sei und möchte wissen, ob es schon konzeptionelle Überlegungen gebe.

Stv. Dr. Greilich erwidert, es gebe noch keine konzeptionelle Überlegungen. Er gehe aber davon aus, dass im Falle eines positiven Votums für den Antrag, die Sportämter der beiden Städte, in Zusammenarbeit mit den Sportvereinen, die Planungen übernehmen werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

5. Einrichtung eines offenen Jugendtreffs in Kleinlinden und STV/0930/2007
ggf. weiteren Stadtteilen
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und
FDP vom 15.04.2007 -

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird beauftragt:

1. im Stadtteil Kleinlinden in Absprache mit dem Ortsbeirat, den ortsansässigen Vereinen und Kirchengemeinden einen offenen Jugendtreff einzurichten;
2. zu prüfen, ob in anderen Stadtteilen wie z.B. Allendorf oder Lützellinden ebenfalls die Notwendigkeit der Einrichtung solcher Jugendtreffs besteht.

Stv. Dr. Greilich, FDP-Fraktion, erklärt, Hintergrund des Antrages sei, dass Jugendliche mit dem Wunsch nach einem Treffpunkt an den Ortsbeirat herangetreten seien. In der Vergangenheit sei es immer wieder zu Konflikten zwischen Jugendgruppen und Anwohnern von Plätzen gekommen, an denen die

Jugendlichen sich niedergelassen haben.

Im Rahmen eines Runden Tisches wurde bereits im vergangenen Juni der tatsächliche Bedarf für einen Treffpunkt festgestellt. Es sei sinnvoll, für die warme Jahreszeit einen Treffpunkt im Freien bereitzustellen, der zum einen für die Jugendlichen geeignet und bei dem zum anderen keine Anwohner gestört werden. Für die Wintermonate müsse man einen geschlossenen, beheizbaren Raum finden.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich führt aus, am 18.04.2007 habe erneut ein Runder Tisch stattgefunden, bei dem die Jugendlichen nochmals konkret ihre Wünsche vorgetragen haben. Es solle versucht werden, noch für die laufende Saison einen Treffpunkt im Freien zu schaffen. Als Lösung zeichne sich ein Platz, in unmittelbarer Nähe des Campingplatzes ab. Dort wurde bereits ein Karree aus Baumstämmen angelegt. Eine Unterstellmöglichkeit müsse noch geschaffen werden. Dies könne kurzfristig umgesetzt werden. Weiterhin solle geprüft werden, wie teuer die Installierung einer Laterne an dieser Stelle sei.

Für die Wintermonate solle nachgefragt werden, ob das Angebot, das evangelische Jugendheim zwei Mal pro Woche zu nutzen, noch bestehe. Außerdem stehen noch Gespräche aus, um zu klären, inwieweit evtl. Räumlichkeiten des TSV Kleinlinden genutzt werden können.

Stv. Bietz fragt nach, warum der Stadtteil Rödgen nicht in den Antrag aufgenommen wurde, obwohl bekannt sei, dass man dort seit längerem versuche, einen Jugendtreff einzurichten. Außerdem möchte sie wissen, ob die Nutzung der geschlossenen Räumlichkeit mit oder ohne Betreuung stattfinden solle.

Stv. Dr. Greilich führt aus, den Stadtteil Rödgen habe er bewusst nicht im Antragstext erwähnt. Seiner Meinung nach müsse der Ortsbeirat dort eine Lösung für den schon lange andauernden Konflikt finden. Wenn die Nennung einzelner Stadtteile zu Irritationen führe, schlage er vor, diese aus dem Antragstext zu streichen. Zum Thema Betreuung vertritt er die Auffassung, dass diejenigen die Räumlichkeiten zur Verfügung stellen, dies sicherlich nicht tun werden, wenn niemand die Verantwortung übernehme.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich erklärt, sie habe den Jugendlichen deutlich gemacht, dass es auf keinen Fall einen unbetreuten Jugendtreff, egal in welchen Räumlichkeiten, geben werde. Bei dem Treffpunkt im Freien sei dies anders. Man habe deutlich spüren können, dass die Jugendlichen diesen Treffpunkt bevorzugen und er sicher maximal ausgenutzt werden wird. Zur Einrichtung von Jugendtreffs in den anderen Ortsteilen ist sie der Meinung, die Initiative solle zuerst von den Jugendlichen ausgehen, bevor man in irgend einer Form tätig werde.

Stv. Dr. Greilich ändert für die antragstellenden Fraktionen den Antrag wie folgt:

2. zu prüfen, ob in anderen Stadtteilen ebenfalls die Notwendigkeit der Einrichtung solcher Jugendtreffs besteht.

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig zugestimmt.

Stv. Dr. Greilich übernimmt wieder den Vorsitz.

6. Erarbeitung von Vorschlägen für die Einrichtung eines "teilanonymen Urnengrabfeldes" auf dem Neuen Friedhof - Antrag der SPD-Fraktion vom 17.04.2007 - **STV/0940/2007**

Antrag:

Der Magistrat wird aufgefordert, konkrete Vorschläge für die Einrichtung eines „teilanonymen Urnengrabfeldes“ auf dem neuen Friedhof von dem zuständigen Fachamt erarbeiten zu lassen.

Stv. Bietz, SPD-Fraktion, erklärt zur Begründung des Antrages, es gehe darum eine Bestattungsform zu schaffen, bei der, ohne Grabpflege betreiben zu müssen, die Möglichkeit für die Angehörigen bestehe, eine Stelle zu lokalisieren, an der die oder der Verstorbene bestattet ist.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich führt aus, dass dies bereits genauso in dem noch vorzulegenden Satzungsentwurf der Friedhofssatzung enthalten sei. Von daher halte sie es für unbedenklich, dies hier in dieser Form zu beschließen.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt
(Ja: CDU/GR/FDP/SPD, StE: Linke).

7. Einrichtung einer Frauenkommission - Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 16.04.2007 - **STV/0941/2007**

Antrag:

Der Magistrat wird gebeten, eine Frauenkommission einzurichten. Der Kommission sollen auch sachkundige Bürger/Bürgerinnen bzw. Vertreterinnen der Frauenverbände angehören.

Stv. Nürberger, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, begründet, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen sei zwar gesetzlich vorgeschrieben,

nach wie vor aber nicht in allen Bereichen der sozialen Wirklichkeit umgesetzt. Es sei daher auch weiterhin notwendig, spezielle Maßnahmen zu ergreifen. Hierzu soll die Frauenkommission den Magistrat beraten und unterstützen.

Stv. Bietz, SPD-Fraktion, erklärt, Ihre Fraktion werde der Vorlage zustimmen. Es amüsiere sie allerdings ungemein, dass die Koalition diesen Antrag gestellt habe, obwohl CDU und FDP bei einem ähnlichen Antrag der SPD aus dem Jahre 2001 die Einrichtung einer Frauenkommission noch als überflüssig bezeichnet haben.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

8. Verschiedenes

- **Vorsitzender Dr. Greilich** teilt mit, über den Oberbürgermeister sei ihm Anfang März das Interesse des MBiBS (Mittelhessisches Bildungsinstitut für Betreuungs- und Sozialwesen) zugeleitet worden, sich dem Ausschuss mit seiner Arbeit vorzustellen. Er habe mit dem Geschäftsführer, Herrn Loyo, Kontakt aufgenommen, um mehr über die Hintergründe zu erfahren.

Es gehe hier um professionelle und ehrenamtliche Betreuung von Menschen, die nicht mehr in der Lage sind, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln.

Vorsitzender äußert, aus seiner Sicht als Hausarzt könne er nur sagen, der Anteil dieser Personen nehme ständig zu. Herr Loyo wolle den Ausschuss insbesondere über Weiterbildungsmöglichkeiten dieser Helfer informieren.

Falls der Ausschuss damit einverstanden ist, wolle er den Geschäftsführer des BiBS zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie, Jugend und Sport einladen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

- **Vorsitzender** unterrichtet, im Rahmen des Jubiläums „10 Jahre Stiftung Anstoß“, sei das Gutachten über Armut in Gießen von Herrn Prof. Eise und Frau Ludwig vorgestellt worden. Bei der Erstellung des Gutachtens haben damals auch einige Kommunalpolitiker mitgewirkt. **Stv. Grothe** habe vorgeschlagen, dieses Gutachten dem Ausschuss vorzustellen. **Vorsitzender Dr. Greilich** teilt mit, er habe dies für die Sitzung nach den Sommerferien vorgesehen. Wenn der Ausschuss damit einverstanden sei, werde er sich mit den beiden o. G. in Verbindung setzen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

- **Stv. Bietz** fragt nach, wann mit den noch ausstehenden Berichten zu folgenden Themen zu rechnen sei:
 - Clearingstelle
 - Sprachangebot
 - Barrierefreies Internet
 - Zugang Stadttheater (Außenaufzug)
 - Koordinierung der interkulturellen Erziehung in den Kitas
 - Nachfolgekonzept Frauennachtfahrten (Konzept mit besonderen Sicherheitsbelangen)

Oberbürgermeister Haumann erklärt, die Clearingstelle sei zum 01.04.2007 eingerichtet, er werde in der nächsten Sitzung es Ausschusses ausführlich darüber berichten.

- **Oberbürgermeister Haumann** gibt bekannt, am 06.05.2007 ab 10:00 Uhr finde eine Veranstaltung „Tag der offenen Tür“ in der Osthalle statt. Bis ca. 15:00 Uhr werde es, nach einem offiziellen Teil, ein sportliches Rahmenprogramm geben, bei dem auch für die Deutschen Turnmeisterschaften über den Turngau geworben werden solle. Unter anderem seien vorgesehen: Ein Show-Basketballspiel der Rollstuhl-Basketballer und der 46ers, beide Mannschaften im Rollstuhl, Auftritte der Cheerleader, der Kinderturngruppe, der Seniorenturngruppe des TSV Allendorf. Eine entsprechende Einladung werde es noch geben. Da der Termin relativ kurzfristig sei, wolle er ihn an dieser Stelle schon einmal bekannt geben.
- **Vorsitzender Dr. Greilich** teilt mit, dass die nächste Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend, Freizeit und Sport am 20.06.2007 stattfindet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) Dr. Greilich

(gez.) Benz